

# BUND-Wahlprüfsteine an die Bundestagswahl-Direktkandidaten des Wahlkreis Rostock

Fragen	AfD	B90/DieGrünen	CDU	DieLinke	FDP	SPD
Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen reduzieren? Wollen Sie sich für ein Verbot von beschleunigten Verfahren im Innen- und Außenbereich einsetzen?	Keine Reaktion	Innen- vor Außenentwicklung; Flächenrecycling; Flächenbilanzierung; Leerstands- und Brachflächenkataster; Förderprogramm für Ortskerne; mehr Stadtgrün & Stadtblau. Ja wie bisher.	Keine Antwort	Innen- vor Außenentwicklung; Umwelt- und Beteiligungsbelange berücksichtigen; Umweltverbund stärken. Ja.	Keine Antwort	Kopieren guter Beispiele anderer Städte. Statt zweiter PkW-Spur, Raum für Grün, Radfahrer und Fußgänger schaffen. Nein.
Welche Maßnahmen planen Sie, um den Passivhausstandard bei Neubau & Sanierung; Sanierung vor Neubau; Solarpflicht auf Dächern; recyclebare Baustoffe; Recycling von Baustoffen und weitere Möglichkeiten zur Energieeinsparung in diesem Bereich zu fördern? Wie wollen Sie die Lebenszyklusbetrachtung (LCA), wie z.B. nach DGNB und BNB breit fördern?		Beteiligung der Eigentümer am CO <sub>2</sub> -Preis; Förderungen erhöhen, vereinfachen und gezielter einsetzen (z.B. pro Sanierung); dann aber hohe Bau- und Sanierungsstandards; mehr Beratung (bessere Ausstattung der LEKA); Solarpflicht für kommunale Dächer. LCA nach wirklich ökol. Kriterien sollte bei Landesbauten Pflicht, kommunal und privat finanziell gefördert werden.		Bundesweiter Klimacheck bis 2025 mit verbindlichen Sanierungsplänen. Kopplung von Sanierungsförderung an Warmmietenneutralität. Neubau ab sofort klimaneutral nach LCA. Pflicht zu Solar & Dachgrün bei Neubau & Sanierung. Keine spekulativen Geschäftsmodelle.		Neubau: Passivhausstandard und Solarpflicht denkbar. Bestand: Einzelfallsanierung und flexiblere Nutzung von Förderprogrammen. LCA sehr sinnvoll.
Welche Maßnahmen planen Sie, um Baustoffe auf Basis nachwachsender Rohstoffe zu fördern? Werden Sie sich in Rostock für entsprechende Festsetzungen in B-Plänen einsetzen?		Initiierung eines Landesbaupreises. Förderung des Holzbaus und von Dämmung aus Paludikultur.		Transparente LCA von Baustoffen und Streichung von Subventionen für umweltschädlichen Baustoffe. Herstellerverantwortung und Rücknahmepflicht von Baustoffen. Höhere Neubau- und Energiestandards. Andere Förderpolitik: Weg von High-Tech-Lösungen für den Passivhausstandard hin zur Förderung von nachhaltiger Niedrigtechnologie beim Bauen, von intelligenten Grundrissen und traditionellen Bauweisen mit Holz, Lehm oder Stroh.		Regionale, nachwachsende Baustoffe sollten häufiger genutzt werden.

<p>Welche Maßnahmen planen Sie, um Dach- und Fassadenbegrünung; Entsiegelung; wasserdurchlässige Beläge; Pflanzgebot für heimische Arten sowie ein Verbot neophytischer Arten &amp; von Schottergärten zu fördern? Werden Sie sich in Rostock für entsprechende Festsetzungen in B-Plänen einsetzen?</p>	<p>Via Klimaschutzgesetz bzw. LBauO. Bei Landesbauten Pflicht, kommunal und privat finanziell gefördert, z.B. via Reduzierung der Abwassergebühren pro m<sup>2</sup> Dachgrün. Kopplung von Lfi-Investitionsförderungen an Klimawandelanpassungsmaßnahmen.</p>	<p>Dach- und Fassadengrün bei Neubau &amp; Sanierung. Entsiegeln und Grünflächen schützen. Pflanzenwahl und Verbot von Schottergärten über B-Pläne festsetzen.</p>	<p>Mehr Unterstützung für Kommunen, z.B. über Bundesförderprogramme zur Klimaanpassung. Dach- und Fassadengrün wünschenswert, darf Mieten aber nicht verteuern.</p>
<p>Wollen Sie sich für einen schnelleren Kohleausstieg in Deutschland einsetzen? Werden Sie sich in Rostock für das Abschalten des KKW Rostocks bis 2024 einsetzen?</p>	<p>Ja. Via EU-Emissionshandel bis 2030. Ja. Und den freiwerdenden KKW-Standort für die Produktion grünen Wasserstoffs nutzen.</p>	<p>Ja. Via EU-Emissionshandel bis 2030. Ja.</p>	<p>Ja. Anpassung, damit Versorgung gesichert und Energie bezahlbar bleibt, dauert aber noch. Erst Wasserstoffwirtschaft, dann Kohleausstieg. Nein.</p>
<p>Welche Ziele verfolgen Sie beim Ausbau der Erneuerbaren Energien?</p>	<p>Pro Jahr: Wind onshore: 5-6 GW, ab Mitte der 20er Jahre 7-8 GW, offshore 35 GW bis 2035. Solar: 10-12 GW, ab Mitte der 2020er 18-20 GW. M-V: Wind: 2% und Solar 1% der Landesfläche, Solar auf 75% der Gebäude. Netzausbauplan; Senkung der Stromkosten durch gerechteres Landes-Entgeltsystem; Sektorenkopplung stärken; mit Speichertechnologien und der Ansiedlung energieintensiver UN Energie stärker vor Ort nutzen.</p>	<p>Pro Jahr: Wind onshore: 7 GW, offshore 1,5 GW. PV: 10 GW. Biomasse: 0,2 GW. PV-Dachanlagen bis 750 kWp von Ausschreibung und Volleinspeisung befreien. Standortkommunen von Wind und PV sollen eine Zahlung der Betreiber von 0,2 ct/kWh (Altanlagen) bzw. 0,7 ct/kWh (Neuanlagen) erhalten. Elektrifizierung von Pkw. Wärme: Wärmepumpen-Initiative in Verbindung mit warmmietenneutralen energetischen Sanierungen.</p>	<p>Deutlich ausbauen und Potenziale besser nutzen. PV auf Dächern, aber v.a. auf versiegelten Flächen z.B. Parkplätzen. Systemintegration durch P2x u.a. Speichertechnologien. Schaffung neuer Industrien und Arbeitsplätze.</p>
<p>Werden Sie sich für ein zügiges Verbot fossiler Energien im Wärmebereich einsetzen? Wann sollte dieses Verbot in welchen Bereichen wirksam werden? Wie wollen Sie erreichen, dass Stromüberschüsse aus Erneuerbaren Energien sinnvoll für den Wärmebereich eingesetzt werden?</p>	<p>Noch nicht. Zuerst Pflicht und Förderung kommunaler, klimaneutraler Wärmeplanung; Vorgabe von Energie- und Klimaschutzkonzepten bei B-Plänen. Sofortiger Stopp neuer Öl- und Gasförderungen in der dt. AWZ und Förderende 2025. Förderende international anstreben.</p>	<p>Ja im Neubau. Im Bestand zuerst Förderung für Fossile streichen und für Erneuerbare erhöhen. Stromüberschüsse: Beseitigung von Netzengpässen und Nutzung für Wärmepumpen. Dafür Senkung der EEG-Umlage und Abschaffung der Stromsteuer für Private. P2H nur als Ausnahme.</p>	<p>Nein, nicht in den nächsten 5 Jahren. Sanierungsraten von 4% z.Z. illusorisch. Den Weg weiter mit GEG und KfW/Bafa gehen.</p>

<p>Werden Sie sich für eine Analyse des gesamten Lebenszyklus bei Gebäuden einsetzen? Werden Sie die Reduzierung der Grauen Energie, die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und die Kreislauffähigkeit von Bauteilen und Baustoffen in Gesetzen und bei Förderungen verankern?</p>	<p>Ja. Festsetzung des cradle-to-cradle-Prinzips via Klimaschutzgesetz für Bauvorhaben vom Land, von Kommunen und auf Basis von Landesfördermitteln. Beachtung bei öffentlichen Ausschreibungen.</p>	<p>Ja. Einführung eines unabhängigen Zertifizierungssystems. Gesetzlich geregelte Berücksichtigung und Obergrenze grauer Energie. Herstellerverantwortung &amp; Rücknahmepflichten für Baustoffe plus Transparenzpflicht des Ressourceneinsatzes. Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe auf nicht-erneuerbare Primärrohstoffe.</p>	<p>Interessant und sinnvoll. Müsste über die Bundesregierung auf EU-Ebene angegangen werden.</p>
<p>Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem stetig steigenden Verkehrsaufkommen entgegenwirken und die Emissionen in dem Bereich wirksam senken? Werden Sie sich in Rostock für autofreie Quartiere und eine Umnutzung vorhandener Straßen für den Rad- und Fußverkehr einsetzen?</p>	<p>Ab 2030 nur noch Neuzulassung emissionsfreier Autos. Förderung von Batterien und Landeinfrastruktur. Ja wie bisher.</p>	<p>Lebenswerte Dörfer &amp; Städte mit kurzen Wegen. Verdoppelung des ÖPNV bis 2030. Ja. Land: mind. Studentakt 6-22 Uhr durch Bürgerbusse &amp; AST. Stadt: autofreie Quartiere unter Beteiligung der Anwohner.</p>	<p>Homeoffice; Kauf regionaler Produkte; Kopieren guter Beispiele anderer Städte. Klimafreundliche Alternativen schaffen, wie z.B. das Carsharing-Gesetz der SPD.</p>
<p>Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Einwegplastik &amp; Kunststoffverpackungen wirksam reduzieren und Mehrwegplastik bzw. Verpackungen auf Basis nachwachsender Rohstoffe fördern? Werden Sie sich für ein Verbot für das Wegwerfen von Zigarettenkippen in der Öffentlichkeit einsetzen? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Rostock ein weiteres Verunreinigen unserer Trinkwasserquelle Warnow mit eben diesen Stoffen verhindern?</p>	<p>Exportverbot von Plastikmüll. Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Pflegeprodukten. Mehr Verantwortung für Hersteller und Müllverursachende. Pfandsystem vereinfachen. Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus. EU-weites Pfandsystem. Das bisherige Lizenzgeld für Plastikverwertung wird zu einer Ressourcenabgabe. Das Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz. Ja mit Bußgeld. Konsequente Umsetzung des EU-Wasserrechts.</p>	<p>Standardisierung &amp; Vereinfachung von Mehrwegverpackungen. Erweiterung der Einwegpfandpflicht auf Getränkekartons. Perspektivisch Verbot von Verbundmaterialien. Einführung einer Abgabe auf Einwegprodukte und Primärrohstoffe – gestaffelt nach Umweltwirkung. Ja. Mit Verbot und Bußgeld. Finanzielle Entschädigung für die kommunale Reinigung durch die Hersteller.</p>	<p>Bisherige Maßnahmen zur Plastikmüll-Reduzierung wirken bereits. Nein. Bußgeld schwer umsetzbar. Stattdessen Sensibilisierung der Bevölkerung.</p>